

**Thomas Kreuzmann** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

der vom SPD-Senat vorgelegte EP 6 zu diesen Haushaltsberatungen ist nicht nur ein Armutszeugnis sondern ein Scherbenhaufen und ein Totalausfall für den Umwelt- und Klimaschutz!

Trotz steigendem Gesamtetat, nimmt Senatorin Blankau die erheblichen Kürzungen in ihrem Einzelplan sang und klanglos hin. Während der Gesamthaushalt in den nächsten beiden Jahren um circa je 1% wächst, wird der Etat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt rigoros um fast 20% zusammengestrichen. Bei den Investitionen wird deutlich mehr gekürzt. Hier liegen die Sparmaßnahmen bei einem erschreckenden Wert von über 40%.

Natürlich weiß ich, dass ein Teil der Kürzungen mit der Ressourcenverlagerung in eine andere Behörde zusammenhängt. Trotzdem ist das ein Skandal! Diese Kürzungen sind beispiellos!

Herr Kerstan hatte in der Generaldebatte davon gesprochen, dass dieser SPD-Haushalt viele „Blinde Flecken“ hinterlässt. Ich füge hinzu, dass „Blinde Flecken“ generell die Orte sind, an denen die Erkenntnis einsetzt.

Hier gibt es jedoch nur die Erkenntnis, dass dieser SPD-Haushalt viele „Schwarze Löcher“ hinterlässt, deren Sogwirkung die Umwelt erfasst hat und die nicht, wie Herr Dressel in der Generaldebatte mehrfach beklagt hatte, eine Erblast der CDU-Regierung darstellen, sondern vielmehr der Anbeginn einer Erbsünde für die Umwelt durch den SPD-Senat ist.

Liebe Kollegen - gegen Streichungen von uneffektiven Projekten oder Maßnahmen haben auch wir keine Einwände. Umso schlimmer ist es, dass gerade sinnvolle und erfolgreiche Programme beziehungsweise deren Finanzierung durch die Senatorin gestrichen oder bis zur Unkenntlichkeit eingedampft werden.

Hier nur einige Bullets:

- Die Titel für die Energie- und Wassereinsparung in öffentlichen Gebäuden wurden ersatzlos gestrichen (die Stadt ist damit nicht mehr Vorbild). Neben den positiven Auswirkungen für die Umwelt sind doch gerade hier Investitionen ein Beitrag zur Senkung von Betriebsausgaben und damit ein Weg zu einem ausgeglichenen Betriebshaushalt.
- Die Leitstelle Klimaschutz wird abgeschafft und damit eingespart (Klimaschutz wird damit nicht mehr zentral gesteuert! Keine Koordination der Maßnahmen mehr möglich!)
- Das Klimaschutzprogramm wird um 30% gekürzt. Das entspricht einer Kürzung von circa 7 Millionen Euro. (Viele wirksame Maßnahmen werden nicht mehr weitergeführt!)
- Die Mittel zur Förderung von Energie- und Wassereinsparung werden um 50% gekürzt. (Aufklärungs- und Bildungsarbeit wird gestrichen!)

Den Senats-Drucksachen ist folgende Leitlinie zu entnehmen: Was nicht direkt nachweis- oder messbar eine CO<sub>2</sub>-Einsparung bringt wird gestrichen. Das heißt konkret: Die Senatorin wird kein Geld mehr für die wichtige, notwendige Aufklärungs- und Beratungsarbeit in Sachen Energiesparen ausgeben. Die SPD-Fraktion hat hierzu zwar einen Änderungsantrag eingereicht, der den sog. Stromsparcheck der Caritas sichern soll. Allerdings bleibt die Finanzierungsforde-

rung in Höhe von 50 TSD Euro weit hinter dem Budgetbedarf zurück, der für diese Maßnahme benötigt wird.

Das Verhalten des Senats ist im höchsten Maße kurzsichtig, da Aufklärungs- und Beratungsleistungen ihre Wirkung nicht sofort, sondern zeitverzögert entfalten. Um diese Arbeit erfolgreich fortführen zu können, fordert die CDU-Fraktion in ihrem Antrag für das Projekt „StromSparCheck“ 320 TSD Euro. Das ergibt eine Finanzierungslücke (ein GAP) in Höhe von 270 TSD Euro, die sie nicht für ein wichtiges Projekt in den Haushalt einstellen wollen.

Frau Senatorin, auf Nachhaltigkeit orientierte Maßnahmen legt dieser Senat keinen Wert.

Wie intelligente und nachhaltige Politik aussieht, können sie in unserem Antrag 20/6068 nachlesen. In diesem fordern wir ein Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung, zum Beispiel für Fenster, Feuerungsanlagen und Dachdämmung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in den Bezirken zur Einsparung von Heizkosten.

Das Programm würde in Bezug auf das Erreichen klimaschutzpolitischer Ziele weit über Hamburgs Grenzen hinaus Maßstäbe setzen. Ein anderer spürbarer Effekt wäre die Entlastung des Haushalts durch sinkende Betriebsausgaben.

Schon anhand dieser kurzen Ausführungen wird deutlich, dass wir gerade im Bereich Umweltschutz bei diesem Senat nicht nur von Stillstand, sondern von einem erheblichen Rückschritt sprechen müssen.

Erschwerend kommt hinzu, dass Senatorin Blankau noch nicht einmal ihr Ressort gegen den Bürgermeister verteidigt. Stattdessen stellen Sie, Frau Senatorin, in Sachen Umweltschutz ein demonstratives Desinteresse zur Schau.

Ideen- und planlos akzeptieren Sie jede Streichvorgabe von Bürgermeister Scholz.

Dieser Haushaltsplan kommt einem Offenbarungseid gleich. Einem Offenbarungseid darüber, was sozialdemokratische Umweltpolitik für Hamburg bedeutet. Nämlich: keine Ideen, keine Visionen, keine Problemlösungen.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, sollte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt das Wort Umwelt lieber aus ihrem Titel streichen.

Sehr geehrter Bürgermeister, eine rot/grüne Koalition in Berlin ist ohnehin undenkbar. Unter diesen umweltpolitischen Prämissen, aber erst recht unmöglich. Ihre Haltung zeigt deutlich, dass es mit aller Sicherheit in Berlin nur zu einem umweltpolitischen Oppositionsbündnis kommen kann.

Aus Ihrem „pay as you go“ ist inzwischen ein „pay to go“ geworden.

Vielen Dank.